

06.11.91

Antrag

der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern,
Sachsen und Thüringen

zum

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum
Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1991
(Nachtragshaushaltsgesetz 1991)

Punkt 9 der 636. Sitzung des Bundesrates am 8. November 1991

Der Bundesrat möge beschließen:

"Der Bundesrat hat Bedenken gegen die vorgesehene Aufstockung der Mittel der Bundesanstalt für Arbeit für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den neuen Ländern insoweit, als über diese Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen möglicherweise produktive Arbeitsplätze in der Wirtschaft, insbesondere im mittelständischen Gewerbe, gefährdet werden.

Der Bundesrat bittet daher die Bundesregierung sicherzustellen, daß künftig

- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die Betätigung der privaten Wirtschaft nicht verhindern und
- Zahlungen im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den neuen Ländern nicht das Lohnniveau im mittelständischen Gewerbe übersteigen."

Ausgeliefert am 07. NOV. 1991